

Persönlich.

Die Mitte Kanton Solothurn informiert.
Ausgabe 2023 | 2

OECD-Mindeststeuer Ja

Damit das Geld in der Schweiz bleibt

Klimaschutzgesetz Ja

Schützen, was uns wichtig ist

Parteipräsident

Gerhard Pfister

Die Position der Mitte zum CS-Skandal

Wohneigentum fördern, aber mit Anstand!



2x NEIN zur Steuerpolemik

Die Mitte
Kanton Solothurn

Die Mitte
Kanton Solothurn

Editorial

**Liebe Parteikolleginnen und -kollegen
Liebe Leserinnen und Leser**

Am 18. Juni 2023 steht uns allen ein spannender Abstimmungssonntag bevor. Über nicht weniger als sechs Vorlagen haben wir zu entscheiden, drei kantonale und drei eidgenössische. Unser Ständerat Pirmin Bischof zeigt Ihnen in der vorliegende Ausgabe auf, weshalb es für unser Land wichtig ist, dass die Vorlage zur OECD-Mindeststeuer angenommen wird. Und unser Nationalrat Stefan Müller-Altermatt stellt das äusserst wichtige Klimaschutzgesetz vor.

Kantonsrat Rolf Jeggli befasst sich mit dem kantonalen Gesundheitsgesetz. Dieses wurde vom Kantonsrat zwar genehmigt, allerdings nicht mit dem notwendigen Zweidrittelmehr. Deshalb muss die Vorlage noch dem Stimmvolk unterbreitet werden. Im Zentrum stehen auf kantonaler Ebene jedoch die Zwillingsinitiativen! Die Kantonsräte Fabian Gloor und Patrick Schlatter zeigen Ihnen auf, weshalb es zwingend zweimal ein NEIN zu diesen Vorlagen braucht. Unabhängig vom Inhalt der beiden Initiativen ist es einer direkten Demokratie unwürdig, über Gesetze ein zehnjähriges Moratorium zu legen. Gesetze müssen der aktuellen Situation angepasst werden können und insbesondere bei der vorliegenden Initiative zum Katasterwert hat Die Mitte Kanton Solothurn eine Lösung bereit, welche allen Solothurnerinnen und Solothurner nützt!

In dieser Ausgabe lernen Sie auch zwei Personen näher kennen: Unsere amtierende Kantonsratspräsidentin Susanne Koch Hauser und auch unseren neuen Geschäftsführer Marius Winistörfer. Ich freue mich, mit ihm eine junge motivierte Führungsperson in unsere Geschäftsstelle zu haben. Ein herzlicher Dank gebührt an dieser Stelle seinem Vorgänger Fabio Jeger für seinen Einsatz. Wir wünschen ihm in seiner neuen beruflichen Funktion viel Erfolg.

Besten Dank für Ihr Interesse an der vorliegenden Ausgabe und alles Gute!

Herzlich

Patrick Friker





Marius Winistörfer: ein junger Mann mit Ambitionen

Marius Winistörfer ist ein Balsthaler durch und durch. Er hat noch nie an einem andern Ort gewohnt und lebt heute mit seiner Freundin Nicole immer noch in Balsthal. Dass er hier so stark verwurzelt ist, hat auch mit seinem eng getaktetem Ausbildungsweg zu tun. Nachdem er die klassische KV- Lehre abgeschlossen hatte, hängte er gleich die Berufsmaturität an, die er 2019 abschloss. Seit 2021 studiert er an der ZHAW (Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften) während zwei Tagen pro Woche Wirtschaftsrecht. Vom Dezember 2020 bis Ende März 2023 war er zudem Sachbearbeiter Master bei der Staatsanwaltschaft in Burgdorf. Seit April 2023 wird dieser Job durch das Amt als Geschäftsführer der Mitte des Kantons Solothurn abgelöst.



Marius als Fourrier in der Armee.



Marius fällt nie aus dem Rahmen und ist immer im Bild.

Das politische Interesse erwachte bei Marius schon im Geschichtsunterricht in der Primarschule. Parteimässig war der Weg irgendwie vorgezeichnet. Denn die Männer in der Familie Winistörfer politisierten bereits Generationen vor ihm in der CVP. Bereits mit 17 Jahren trat Marius der CVP- Ortspartei Balsthal bei. Für ihn kam aber eine der Polparteien sowieso nicht in Frage. Beispielsweise durch deren verantwortungsloses Verhalten bei der Rettung der Credit Suisse fühlt er sich in seinem Entschluss ein weiteres Mal bestätigt. In der Ortspartei wurde sein grosses politisches Interesse sehr geschätzt. Er wurde denn auch sehr schnell in die Parteileitung berufen. 2018 trat er auch noch der Jungen CVP bei.

Inzwischen sitzt Marius im Gemeinderat und leitet das Ressort Planung. Damit ist er auch Mitglied der Ortsplanungskommission sowie der Umweltschutz- und Energiekommission. Als Ressortleiter hat er die Möglichkeit, hier Akzente zu setzen. Am Herzen liegt ihm vor allem die Zusammenarbeit unter den Thaler Gemeinden sowie mit Oensingen, dem Tor des Thals zum Mittelland.

Als Präsident der Ortspartei Mitte Balsthal und der Amteipartei Thal-Gäu sowie als Vorstandsmitglied der Mitte Kanton Solothurn spielt er den Dreiklang auf allen politischen Ebenen des Kantons. Das erlaubt ihm, eine Aufgabe aus den drei Perspektiven Gemeinde, Amtei und Kanton zu beurteilen. Ein Umstand, der ihm bei seiner neuen Aufgabe als Geschäftsführer natürlich sehr entgegen kommt. Auf die Frage, ob er in Zukunft eher Karriere als Parlamentarier oder als Exekutivpolitiker machen wolle, favorisiert er die Exekutive. Wobei ihm klar ist, dass es hier viele Zufälle braucht, um zur richtigen Zeit am richtigen Ort zur Verfügung zu stehen.

Und zum Schluss noch dies: Wer Marius persönlich kennt, dem fällt auf, dass er fast immer wie aus dem «Truckli» daherkommt – manchmal auch mit Krawatte. Das hänge mit zwei Umständen zusammen: Als er in der Staatsanwaltschaft Protokoll führen musste, war dies sozusagen Pflicht. Ausserdem habe er die Erfahrung gemacht, dass er dank seinem gepflegten Auftreten ernster genommen werde. Getreu dem Motto von Gottfried Keller «Kleider machen Leute».



Ueli Custer
Redaktor «Persönlich»
Lommiswil



Zwillingsinitiativen: Die Mitte hat eine bessere Lösung

Um es vorwegzunehmen: Als Mitte Kanton Solothurn setzen wir uns ein für eine Privilegierung des Wohneigentums und für möglichst attraktive Steuern vor allem für den Mittelstand. Diese Grundsätze leiten unsere Partei und unsere Fraktion bei den Zwillingsinitiativen. Auf den ersten Blick könnte man zum Schluss kommen, dass die beiden Initiativen mit diesen Zielen kompatibel sind. Dem ist aber bei gründlicher Überlegung nicht so.

Problem lösen statt verschieben

Bei der ersten Initiative, welche ein zehnjähriges Moratorium bei den Katasterwerten verlangt, ist offensichtlich und ausgewiesen, dass die heutigen Katasterwerte seit Jahrzehnten nicht korrekt sind. Generell ist der Verkehrswert aller Liegenschaften massiv gestiegen, je nach Region im Kanton ist diese Entwicklung aber sehr unterschiedlich. Daher sind heute die Katasterwerte je nach Gemeinde und Lage sehr unterschiedlich vom effektiven Verkehrswert entfernt.

Nebst dieser Ungleichentwicklung sind heute andere Vermögenswerte, wie Kassaobligationen, Fondsanteile, Aktien, im Vergleich zu Immobilien massiv stärker steuerlich belastet. Diese Situation wird mit einem Moratorium nicht gelöst, sondern beibehalten.

Im Kantonsrat war die Mitte-Fraktion einstimmig gegen die Initiative, weil wir eine bessere Lösung bereit haben als die darin enthaltene Zementierung einer rechtswidrigen und ungerechten Situation. Unser Lösungsansatz will die Vermögensabzüge erhöhen, denn davon profitieren alle Solothurnerinnen und Solothurner ohne effektive Mehrbelastung der durchschnittlichen Wohneigentümer. Wir wollen eine vernünftige Bevorteilung des Wohneigentums beim Katasterwert im Rahmen des maximal zulässigen. Wir wollen aber nicht riskieren von Gerichten eine unvorteilhafte Revision aufgezwungen zu bekommen, denn wir stehen für eine vernünftige bürgerliche Politik und eine bürgerlich geprägte Revision der Katasterschätzung.

Problem Steuerabzüge ist bereits gelöst

Bei der zweiten Initiative geht es darum, Senkungen von Steuerabzügen für zehn Jahre zu verbieten. Diese Initiative entstand im Rahmen der Diskussion über den Gegenvorschlag zur «Jetzt si mir draa» Initiative, mit dem Ziel die darin vorgesehene Senkung des Pendlerabzuges zu verhindern. Dabei verkennen die Initiativen zwei wichtige Punkte: Der Gegenvorschlag wurde vom Volk angenommen und die Lösung war letztlich ein Kompromiss in einer Vorlage, die den Mittelstand gesamthaft deutlich entlastete. Es handelte sich also im Paket nicht um eine Steuererhöhung, sondern um eine Steuersenkung.

Jede Änderung von Abzügen im kantonalen Steuergesetz untersteht bereits heute dem fakultativen Referendum. Daneben sind zahlreiche Abzüge vom Bund vorgegeben, bei denen die Initiative nicht greift, da sie übersteuert wird. Die aktuellen Diskussionen zeigen nicht auf, dass Senkungen bei Abzügen anstehen. Die Initiative ist somit schlicht toter Paragraph und damit unnötig, sie behindert dort wo sie allenfalls zum Tragen käme jedoch ausgewogene und gerechte Lösungen.

Fazit: Keine Ungerechtigkeiten zementieren

Beide Initiativen wollen ein Moratorium ohne sachliche Begründung, was einer Arbeitsverweigerung gleichkommt. Es wird nicht im Ansatz argumentiert, dass die heutigen Katasterwerte richtig seien und es wird auch nicht aufgezeigt, für welche Abzüge Senkungen geplant wären. Zudem scheint es durchaus, dass die Initianten nicht nur Regierung und Parlament misstrauen, sondern auch dem Volk, unterstehen doch eine Reform der Katasterwerte, wie auch eine Änderung der Abzüge, dem fakultativen Referendum. Beide Initiativen stehen nicht für eine verantwortungsvolle, gute und ehrliche Politik, da sie das Risiko in Kauf nehmen vom Gericht übersteuert zu werden, Ungerechtigkeiten zementieren wollen und damit billiger Wahlkampf betrieben wird. Die Mitte Fraktion spricht sich daher geschlossen gegen die beiden Initiativen aus und will den Weg einer vernünftigen, bürgerlich geprägten und gerechten Steuerpolitik weitergehen. Dies ist mit Moratorien nicht möglich.



Fabian Gloor
Kantonsrat
Oensingen



Patrick Schlatter
Kantonsrat
Oberdorf

Ja zur Änderung des Gesundheitsgesetzes

Die Kantonsratsfraktion «Die Mitte» ist der Meinung, dass eine Anpassung des Gesundheitsgesetzes notwendig ist, um die vom Bund den Kantonen übertragenen neuen Aufgaben handlungsfähig umzusetzen. Es geht nicht darum, ob der Kanton Solothurn wählen kann, die

Zulassungsprüfungen und Zulassungsbeschränkungen umzusetzen, sondern darum, eine minimale Gesetzesgrundlage zu schaffen, damit er überhaupt befähigt ist, dies zu tun.



Rolf Jeggli
Kantonsrat
Mümliswil-Ramiswil



Die Junge Mitte – wo Politik plötzlich erlebbar wird.

Kolumne des Präsidenten

Vom Küchentisch in die Jungpartei und darüber hinaus

Liebe Mitglieder der Mitte Kanton Solothurn

Sind wir ehrlich: Neue, junge Mitglieder gewinnen wir nicht einfach so mit knackigen Werbesprüchen und mit auf Hochglanz polierten Papieren. Nein, damit der Aufbruch der Mitte weiter geht, da braucht es mehr. Insbesondere die Überzeugungskraft von uns allen.

Es ist genau deshalb jetzt der richtige Zeitpunkt, diese Ausgabe des «Persönlich» der Tochter, dem Grosskind oder dem Gottlieb vorzustellen. Denn da schlummern die nächsten Gemeinderäte, Kantonsrätinnen oder sogar Bundesparlamentarier.

Der Küchentisch, genauso wie das Vereinslokal oder der Stammtisch, bleiben die wichtigsten Werbeplattformen für unsere Partei. Wir als Jungpartei wollen genau da ansetzen und künftigen Talenten in unserer Partei ein Eingangstor bieten. Genauso wie es bei Rahel, Fabian und Marius bereits der Fall war. Wie es gehen kann, das erzählen sie gleich selber.

Wir freuen uns bereits heute auf neue Gesichter an unseren kommenden Anlässen. Weitere Infos gibt's stets aktuell auf unserer Website und Social Media.



Joël Müller
Präsident Die Junge Mitte Kt. SO
Herbetswil

Rahel Fluri

Aus der Jungpartei zur Gemeinderätin

Schon als Jugendliche interessierte ich mich für politische Themen. Da meine Eltern beide politisch aktiv sind, war Politik bei uns am Esstisch allgegenwärtig. Ich beteiligte mich an den Gesprächen und begann mich aktiv für die Themen zu interessieren. Nach meinem ehrenamtlichen Engagement in der Jugendarbeit war es dann ein kleiner Schritt in die Politik. Ich möchte etwas zu einem gelingenden Leben in der Gesellschaft beitragen. Dies funktioniert am besten, wenn man selbst aktiv wird. Nach mehreren Jahren als Vorstandsmitglied der Jungen Mitte, entschied ich mich 2019 als Nationalrätin zu kandidieren. Zwei Jahre später wurde ich vom Parteipräsidenten der Mitte Balsthal angefragt, ob ich Interesse hätte, als Gemeinderätin zu kandidieren. Durch meine Bekanntheit aus der Jugendarbeit und vielleicht auch dadurch, dass mein Gesicht aus den National- und Kantonsratswahlen bekannt war, wurde ich im Jahr 2021 von der Balsthaler Bevölkerung in den Gemeinderat gewählt.



Rahel Fluri
Gemeinderätin
Vorstand Die Junge Mitte Kt. SO
Balsthal

Fabian Gloor

Der Alltag als junger Politiker

Seit 2017 darf ich als Gemeindepräsident von Oensingen amten und im Kantonsrat mitwirken, womit Politik seit sechs Jahren den Grossteil meines Lebens prägt. In aller Regel sind diese Aufgaben sehr spannend. Die Herausforderungen von Oensingen sind gross: Es gilt die teilweise rasante Bevölkerungsentwicklung und Grossprojekte in der Industrie aktiv zu begleiten, hohe Qualität einzufordern und den Einwohnerinnen und Einwohnern die wichtigsten Eckpunkte transparent zu vermitteln. Daneben will die Gemeinde mit dem Gesamtverkehrsprojekt Oensingen und der Entwicklung des Bahnhofs zur ÖV-Drehscheibe, eigene Projekte mit dem Kanton vorantreiben. Hinzu kommen im Gemeindepräsidium weitere Aufgabengebiete der Führung und des Managements. Den daraus entstehenden Alltag würde ich in etwa so zusammenfassen: Lesen, lernen, teilnehmen, einbringen und gestalten. Ich kann allen jüngeren (oder älteren) Personen nur empfehlen sich politisch zu engagieren und mitzugestalten – nichts ist wichtiger und spannender.



Fabian Gloor
Kantonsrat
Gemeindepräsident
Oensingen

Marius Winistörfner (Interview)

Aus der Jungpartei zum Geschäftsführer der Mutterpartei

Magst du dich an deine erste Mitgliederversammlung mit der Jungen Mitte erinnern?

Ja, ich erinnere mich sehr gut an meine erste Mitgliederversammlung, diese fand 2016 in Subingen statt. Mich hat damals enorm begeistert, wie diese jungen Menschen leidenschaftlich und offen über die verschiedensten politischen Themen diskutierten.

Wann hast du dich entschieden, ein politisches Amt anzupeilen?

Politische Themen und Diskussionen begannen mich bereits im Schulalter stark zu interessieren und für mich war dann bereits als 16-Jähriger klar, dass ich diese Themen nicht vom Sofa aus verfolgen möchte, sondern aktiv mitgestalten und mitbestimmen möchte.

Was reizt dich, in der Politik tätig zu sein?

Die Politik legt die Rahmenbedingungen unseres Zusammenlebens fest und beeinflusst damit die Lebensrealität von uns allen. Dabei aktiv mitwirken zu dürfen, empfinde ich als enorm spannend. Zudem kommt man dabei in Kontakt mit den unterschiedlichsten Menschen, was mir ebenfalls sehr gefällt.



Marius Winistörfner
Geschäftsführer Die Mitte Kt. SO
Gemeinderat
Balsthal

So wirst du Mitglied:



Website:
www.diejungemitte-so.ch



Ja zur OECD-Steuerreform:

Damit die Steuereinnahmen der Grosskonzerne in der Schweiz bleiben!

Am 18. Juni stimmen wir über eine Steuererhöhung für Grosskonzerne ab, die auf Druck der OECD international eingeführt wird. Die Schweiz wünschte die Reform nicht. Aber: Wenn die Schweiz zur Reform Nein sagt und die Steuern für Grossunternehmen unter 15 Prozent belässt, bekommen andere Staaten, in denen diese Unternehmen tätig sind, automatisch das Recht, die Steuerdifferenz direkt und selber zu erheben. Das wollen wir natürlich nicht!

Weltweites Abkommen

140 Staaten haben beschlossen, dass internationale Grosskonzerne mindestens 15 Prozent Steuern auf ihrem Gewinn bezahlen müssen. In der Schweiz sind die Steuern teilweise erheblich tiefer. Bundesrat und Parlament wollen deshalb für diese Unternehmen eine Mindestbesteuerung einführen.

**DAMIT DAS
GELD IN DER
SCHWEIZ
BLEIBT.**

anforderungen.ch

JA zur
OECD-Mindeststeuer
für multinationale
Unternehmen

Nur Konzerne mit einem jährlichen Umsatz von mindestens 750 Millionen Euro unterliegen der neuen Mindeststeuer. Im Kanton Solothurn sind dies einige wenige, in der Schweiz einige Tausend. Grob 99 Prozent der Unternehmen werden wie bisher besteuert. Wo die Mindestbesteuerung nicht erreicht wird, wird die Differenz mit einer Ergänzungssteuer erhoben. Ansonsten dürfen nämlich anstelle der Schweiz andere Staaten den fehlenden Betrag einziehen.

Mehreinnahmen für den Kanton Solothurn

Der Bundesrat schätzt die Einnahmen aus der Ergänzungssteuer grob auf 1 bis 2,5 Mrd. Franken jährlich. Die Mehreinnahmen gehen zu 75 Prozent an die Kantone, die die Unternehmen bisher besteuern. Ein Teil davon fliesst aber in den Finanzausgleich und kommt damit auch allen anderen Kantonen wie dem Kanton Solothurn zugute. Dem Bund stehen 25 Prozent der Einnahmen zu. Auch von diesen Einnahmen geht ein Teil an den nationalen Finanzausgleich, von dem der Kanton Solothurn als strukturschwacher Kanton stark profitiert. Unser Kanton kann insgesamt mit Mehreinnahmen von 5 bis 20 Millionen Franken rechnen.

Zusammen mit allen bürgerlichen Parteien empfehle ich Ihnen ein klares Ja zur Vorlage.



Dr. Pirmin Bischof

Ständerat
Solothurn

Ja zum Covid-19-Gesetz

JA zur Verlängerung des Covid-19-Gesetzes! Die Geltungsdauer einiger weniger Bestimmungen wird verlängert, um im Notfall rasch handeln zu können. Es geht dabei z.B. um das Zertifikat zu Reisezwecken oder um Massnahmen im Gesundheitswesen.



Schützen, was uns wichtig ist – ohne Verbote und ohne neue Abgaben

Die Schweiz ist als Alpenland besonders vom Klimawandel betroffen. Hitzesommer, ungewöhnliche Unwetter und fehlender Schnee verursachen Kosten und Verluste in Milliardenhöhe. Anpassungsmassnahmen kosten jährlich dreistellige Millionenbeträge. Die Schweiz hat ein riesiges Interesse, den Klimawandel zu stoppen.

Dass die Schweiz auch selber Verantwortung übernehmen muss, ist selbstredend. Das Klimaschutzgesetz ist Ausdruck dieser Verantwortung. Es setzt Klimaziele und zeigt somit den Weg auf hin zum Ausstieg aus der Abhängigkeit von Öl und Gas. Das ist übrigens nicht nur klimapolitisch wichtig, es ist auch volkswirtschaftlich klug und strategisch ratsam, wie uns die letzten Monate deutlich zeigen. Das Netto-Null-Ziel bis 2050, welches im Klimaschutzgesetz verankert werden soll, schützt Bevölkerung und Wirtschaft.

Ganz konkret fördert das Klimaschutzgesetz den Ersatz von Heizungen und Gebäudesanierungen mit je 200 Millionen Franken pro Jahr während zehn Jahren. Mit der effizienteren Nutzung der Energie schützen wir nicht nur

das Klima; die Impulse stärken auch die Wirtschaft. Das Gewerbe profitiert von den Aufträgen, Hauseigentümerinnen und Hauseigentümer von der finanziellen Unterstützung und Mieterinnen und Mieter von niedrigeren Nebenkosten.

Innovative Technik wird gefördert

Der zweite Pfeiler des Klimaschutzgesetzes ist die Förderung innovativer Technik für den Klimaschutz. Unternehmen oder Branchen, die bis 2029 Fahrpläne zur Erreichung des Netto-Null-Ziels ausarbeiten, werden vom Bund unterstützt. Dafür stehen während sechs Jahren je 200 Millionen Franken pro Jahr bereit.

Das Klimaschutzgesetz macht die Schweiz fit für die fossilfreie Zukunft. Es tut dies ohne Verbote oder neue Abgaben, sondern mit der Förderung von Innovation und Energieunabhängigkeit. Ein Ja dazu ist ein Gebot der Stunde.



Dr. Stefan Müller-Altermatt

Nationalrat
Herbetswil

Sommerparteitag 2023 der Mitte

Am Samstag, 24 Juni 2023 findet im Campus Sursee der grosse Sommerparteitag der Mitte statt. Eingeladen sind alle Mitglieder und Sympathisanten der Mitte. Beginn ist um 10:00 Uhr.

Weitere Infos: <https://die-mitte.ch/events/delegiertenversammlung-5/>





Susanne Koch: Die Entschlossene

Wer Susanne Koch gegenüber sitzt, nimmt eine sehr präsente Frau wahr. Sie lässt sich nicht ablenken und das Gespräch ist locker und ehrlich. Ohne diese Eigenschaften hätte sie den Einstieg in die Politik kaum geschafft. Auch wenn sie das heute als längst vergangene Zeiten abtun will, so sind ihre Anfänge als Politikerin sicher prägend für sie gewesen und haben gleichzeitig klar gemacht, dass sie eine Frau ist, die sich von ihren Zielen nicht abhalten lässt. Getreu dem Motto «Politik ist das langsame Durchbohren dicker Bretter». Eine Aussage, die der deutsche Sozialpolitiker Max Weber 1919 gemacht haben soll.

«Zu lange vor sich hingewurstelt»

In der Tat: Zunächst als Aktuarin, später als Mitglied des Wahlbüros und der Rechnungsprüfungskommission merkte sie bald, dass man eine kleine Gemeinde wie Erschwil so nicht führen kann. In einem Zeitungsinterview nach ihrer ersten Wahl zur Gemeindepräsidentin wird sie damals so zitiert: «In dieser Gemeinde hat man viel zu lange vor sich hingewurstelt.» Eine Aussage, die in dieser Direktheit kaum jemand anders so gemacht hätte. Um diesen Zustand zu ändern, musste sie sich zunächst einmal mit der im Dorf dominierenden FdP anlegen. Mit der Unterstützung einer neuen Gemeindeschreiberin und einer neuen Finanzverwalterin organisierte sie eine funktionierende Gemeindeverwaltung und überzeugte damit die Bevölkerung. Sie wurde denn auch fortan sozusagen im Abo immer wieder bestätigt und schliesslich auch zur Ehrenbürgerin von Erschwil ernannt.

2009 wurde Susanne Koch in den Kantonsrat gewählt wo sie als Saniererin einer Gemeinde auch rasch in die Finanzkommission gewählt wurde, von 2017 bis 2021 als Präsidentin, wo sie einige Geschäfte von Tragweite, wie z.B. die Vorlagen über die Steuervorlagen, mit Beharrlichkeit und Geduld mit der Kommission ins Trockene brachte. Für die Kantonsratsfraktion war sie ab 2010 Dreh- und Angelpunkt für viele Belange (Aktuarat, Kasse, Koordinatorin, Fraktionsgedächtnis und vieles mehr).

Auch über die Parteigrenzen geschätzt

Ihre ruhige und sachbezogene Art kommt auch über die Parteigrenzen gut an. Dies wurde auch anlässlich ihrer Wahl zur Kantonsratspräsidentin 2023 mit einem sehr guten Resultat bestätigt. Sie unterteilt ihr Kantonsratspräsidium in drei Aufgabengebiete: die Sitzungsplanung und -führung der Kantonsratssessionen, den operativen Teil, der im Hintergrund im Rahmen des Ratsleitungsgremiums und der Führung der Parlamentsdienste stattfindet sowie natürlich die Aussenwirkung mit spannenden repräsentativen Aufgaben, wo sie sich verspricht, viel Neues kennenlernen zu können. Einige Akzente möchte sie setzen: im August soll ein Politikerinnentreffen stattfinden mit dem Ziel, Frauen in der Politik sichtbarer zu machen und damit auch weitere Frauen für Ämter motivieren zu können



Ueli Custer
Redaktor «Persönlich»
Lommiswil

Die Mitte hält Wort

Anlässlich der Feier zur Wahl von Susanne Koch als Kantonsratspräsidentin versprochen Kollegen, ihr zu helfen, ihren Garten so herzurichten, damit er auch in diesem arbeitsreichen Jahr bepflanzt werden kann.



Dieser Garten braucht dringend Pflege.



Fröhliche Stimmung bei der Arbeit.



Die engagierten Kollegen von links:
Bruno Vögtli, Michael Ochsenbein,
Benjamin von Däniken, Susanne Koch,
Georg Nussbaumer, Thomas Studer



Jetzt ist das Gemüsebeet bereit zur Aussaat
und Pflanzung.

(Bilder: Martin Hauser und Fabio Jeger)

Kolumne

Gewinne für Manager, Verluste für die Gesellschaft

Nach 2008 mit der UBS ist 2023 mit der CS die zweite Grossbank der Schweiz so in Schieflage geraten, dass der Staat, das heisst, wir alle, Milliarden aufwenden und riskieren muss, um Schäden für die Schweizer Wirtschaft und Gesellschaft abzuwenden.

Innert vier Tagen musste der Bundesrat in aller Eile und Hast Massnahmen ergreifen, damit noch grösserer Schaden ausblieb. Die CS wurde von der UBS übernommen. Nach der Rettung der UBS 2008 beschloss das Parlament Gesetze, die bei einem nächsten Scheitern einer systemrelevanten Grossbank ein Eingreifen des Staates und Milliarden Steuergelder nicht mehr nötig machen würden – die sogenannten «too big to fail» Regelungen. Jetzt, als die CS genau in dieser Schieflage war, haben Bundesrat, Nationalbank und die Aufsichtsbehörde Finma das Gesetz nicht angewandt, sondern per Notrecht eine Fusion mit der UBS verfügt und insgesamt die sagenhafte Summe von 249 Milliarden an Verpflichtungen beschlossen. Der Bundesrat behauptete jahrelang, ein zweiter Fall UBS wäre nicht mehr möglich. Jetzt hat er ihn selbst möglich gemacht.

Dass die CS in grossen Problemen steckte, konnte man erstmals im Herbst 22 auch in einer breiteren Öffentlichkeit erfahren. Damals besorgte sich die CS Führung Milliarden in Saudi Arabien. Es muss geklärt werden, warum dannzumal weder Bundesrat noch Finma intervenierten, und ob jemand prüfte, ob damals eine rechtzeitige Rettung der CS möglich gewesen wäre.

Die Schweiz mit ihrer ausgeprägten Vertrauenskultur wird stark beschädigt, wenn wenige Manager ihre Verantwortung nicht wahrnehmen. Das Erfolgsmodell der Schweiz beruht auch auf Werten wie Solidität, Bescheidenheit und Zurückhaltung. Ein Umdenken in den Chefetagen unserer Grossbanken ist dringend angezeigt.



Gerhard Pfister
Präsident Die Mitte Schweiz
Nationalrat

12 Persönlich. 2023|2

Agenda:



Die tagesaktuelle Agenda findet man unter:
so.die-mitte.ch/events

Adressen:

Präsident Die Mitte Kanton Solothurn

Patrick Friker, Innere Kanalstrasse 12A
5013 Niedergösgen, Telefon 079 481 28 26
patrick.friker@bluewin.ch

Geschäftsführer Die Mitte Kt. Solothurn

Marius Winistörfer, Telefon 076 815 41 12
sekretariat@so.die-mitte.ch

Raiffeisenbank Wasseramt-Buchsi
4552 Derendingen
Konto CH06 8080 8009 8230 7524 5
Postkonto 45-3537-6

Die Mitte 60+ Kanton Solothurn

René Ackermann, Schulmeisterweg 6,
4710 Balsthal, Telefon 079 302 73 91
ackermann@bercom.net

Die Junge Mitte Kanton Solothurn

Joël Müller, Dorfstrasse 6, 4715 Herbetswil
joel.mueller@diejungemitte-so.ch



Die Mitte Kt. Solothurn im Internet:

so.die-mitte.ch |
sekretariat@so.die-mitte.ch

Impressum

Redaktion Ueli Custer-Meier, Erlenweg 13,
4514 Lommiswil, in Zusammenarbeit mit dem Präsidium
der Kantonalpartei und Vertretern der Jungen Mitte, der
Mitte 60+, des Kantonsrates und der eidgenössischen
Räte, mail@uelicuster.ch

Herausgeber Die Mitte Kanton Solothurn
Jahresabonnement CHF 30.– (4 Ausgaben) **Gestaltung**
und **Realisation** Geschäftsstelle Die Mitte Kanton
Solothurn

Druck Dobler Druck, Olten